

Wölfe in Brandenburg: Jagdverband fordert radikale Maßnahmen im Koalitionsvertrag

Der Landesjagdverband fordert im Koalitionsvertrag eine Wolfsjagd in Brandenburg, während Naturschützer warnen.

Der Landesjagdverband Brandenburg fordert, dass die künftige Regierung eine gezielte Wolfsjagd im Koalitionsvertrag festschreibt. Verbands-Geschäftsführer Kai Hamann betont die Notwendigkeit einer festen Jagdzeit und spricht sich für die Einführung einer Obergrenze für die Wolfpopulation aus, da die Zahl der Übergriffe auf Nutztiere zugenommen hat. In jüngster Zeit haben EU-Staaten mit Deutschland für eine Absenkung des Wulfsschutzes gestimmt, was den Weg für strengere Regelungen zur Wolfsjagd ebnen könnte. Naturschützer warnen hingegen vor negativen Auswirkungen auf die Artenvielfalt.

In Brandenburg sind in diesem Jahr bereits vier Wölfe illegal getötet worden, und es wurde eine steigende Anzahl an Rissen von Weidetieren verzeichnet. Laut Statistik sind die Bestände der Wölfe in der Region auf 52 Rudel angewachsen, was zu Forderungen nach effektiveren Maßnahmen führt. Die Bundesregierung hat angekündigt, den Schutzstatus des Wolfs von „streng geschützt“ auf „geschützt“ abzusenken, um flexibler mit problematischen Tieren umgehen zu können. Ein weiteres Augenmerk liegt auf dem nächsten Schritt der Gesetzgebung, für den sich Verbandsvertreter zeitnah eine Entscheidung erhoffen. Mehr Details zu diesem Thema gibt es in einem Bericht **auf www.n-tv.de**.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de